

# Dresdner Volkszeitung

Gesellschaftsleitung: Betriebs-  
Gesellschafter, R. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Sanktionskonto:  
Geb. Wohlbold, Dresden

Abo-Preis: einschließlich Druckerlaß monatlich 2.75 M., durch  
die Post bezogen vierjährlich 8.25 M., unter Kreuzband für Deutschland  
und Österreich-Ungarn 12.00 M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Weitnerplatz 10. Tel. 25 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Weitnerplatz 10. Tel. 25 261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 Zeilen lange Kolumnenzeile 1.80 M., Familienanzeigen  
1.00 M., die 3 Zeilige Kolumnenzeile 1.80 M., einschließlich Unterstrichzeilen. Bei  
mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Anreise sind im voraus zu bezahlen. Ohne Ver-  
pflichtung zur Aufnahme an vorgebrachten Tagen. Für Briefmarkenverlegung 20 Pf.

Nr. 41

Dresden, Donnerstag den 19. Februar 1920

31. Jahrg.

## England, Russland und wir

Von Kurt Seelb.

Nur die wichtigsten haben eine klare Vorstellung von dem Verhältnis, das zwischen England und Deutschland vor dem Kriege bestand. Die meisten wissen nicht, daß sich England in den Antezendenten vor dem Krieg auf das einrichtete und hat, in freundschaftliche Beziehungen, ja sogar in einen Bündnis mit Deutschland zu treten. Aber alle Angebote wurden von Deutschland abgelehnt. Die Briefe "Will's" an "Rita", den russischen Baron, geben ja manch interessante Einblicke in die Gründe, die zu dieser Politik geführt haben. England war um Deutschland und Deutschland um Russland herum! Zwei ungünstige Lieben. Und das Tragische ist: das neue Deutschland muß die Suppe aussieben, die ihm die Schuld des alten Deutschlands, der alten Regierung, eingetragen hat.

Allerdings hatte die deutsche Politik den englisch-rußischen Gegenzug erkannt. Und nicht zuletzt war es wohl die Furcht, in diesen Konflikt mit hineingezogen zu werden, was die ablehnende Haltung gegen die englischen Bündnisverträge bestimmte. Man befürchtete, für England als dessen Bundesgenossen gegen Russland kämpfen zu müssen — wie es Japan 1904/05 getan hat. Und wieder ist es zum Nachen und Weinen zugleich, daß Deutschland nun doch im Weltkrieg — gegen Russland gekämpft hat und so wider Willen für Englands Weltmacht und Weltherrschaft die Waffen führte.

England selbst errang mit dem Weltkrieg — obwohl es in den Wochen vor dem Kriegsausbruch am ehrlichsten von allen Großmächten bemüht war, ihn zu verhindern — einen zweiten Erfolg: es wurde mit dem besiegt. Deutschland einen ihm allmählich doch unangenehmen werdenden Nebenanzahl los, und so zugleich seinen eigentlichen Feind und zukünftigen Bundesgenossen — Russland — so zerstört und schwächt, daß es für die nächsten Jahrzehnte von ihm nichts mehr zu befürchten hatte. Russland konnte nach den Verlusten, die es im Weltkrieg erlitten hatte, und nach der Vertrümmerung Groß-Russlands (Voskruschnig der Ukraine und der Konditaten) für die nächste Zeit keine Räder drehen, seine Hände auf Konstantinopel oder in Anatolien zu verwischen.

England stand auf der Höhe seiner Macht. So schien es. Da kam mit der russischen Revolution eine Bewegung nach, die ihre Wellen weit über die Grenzen Russlands hinauswog. Ist doch die bolschewistische Propaganda bereits bis England vorgedrungen, wie ein "Jew" zeigt, in dem die Gläubigen vor dem Bolschewismus gewarnt und dessen Anhänger mit Strafen bedroht werden. Doch der Bolschewismus doch bereits an die Tore Indiens! Diese unerwartete und unvorhergesehene Ausbreitung des Bolschewismus, gegen die bisher alle von England angemeldeten Mittel erfolglos waren, sowie eine große Bewegung, die sich in der gesamten moslemischen Welt ankündigt — man beachte die Aufstände in Indien, Ägypten, Persien, Kurdistan, die Kämpfe in Anatolien — das sind die großen Gefahren, die die englische Weltherrschaft an ihrer Wurzel — nämlich Indien — bedrohen.

Die Rolle, die der Bolschewismus zu spielen beginnt, kann und darf uns nicht gleichgültig lassen. Sovjetrussland darf für uns nicht mehr nur das Schreckgespenst sein wie bisher. Wir dürfen nicht länger unsere ganze Zukunft allein auf Verbindung mit dem Westen aufzubauen. Und nicht auf Europa! Und die Internationale — wie sie heute besteht — ist ein Sorgelosinst. Wir haben ja gesehen, wie sich die Arbeiterschaft Englands und Frankreichs für ihre russischen Brüder eingesetzt hat. Es ist bei leeren Worten geblieben, über die die englischen und französischen Machthaber fast lächelnd hinwegschriften. Zweifelt einer, daß wir also noch ziemlich weniger zu erwarten und erhoffen hätten als Russland? Das die Arbeitermassen der Entente für uns nicht den kleinen Finger rühren würden, allen Freundschaftsbeteuerungen zum Trotz?

Ob wir wollen oder nicht: wir werden mehr und mehr dazu gedrängt, uns Blide nach dem Osten zu richten und uns politisch wie wirtschaftlich mehr auf Russland zu stützen. Je eher wir das erkennen und die Wege dazu einschlagen, um so besser für uns.

Freilich, es ist ein Fertum, zu glauben, daß wir von Russland heute schon Lebensmittel erhalten können. Russland wird trotzdem auf Jahre hinaus nicht imstande sein, einen Überfluß aus seiner Landwirtschaft zu erzielen. Und auch dann wird es nur möglich werden, wenn wir vorher an Russland Maschinen, Werkzeug und vor allem landwirtschaftliche Geräte liefern. Dazu ist es aber notwendig, daß wir uns Industrie-Produktion durch angespannte Arbeit beibringen.

Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, von Russland etwas zu erhoffen, was es uns — wenigstens für die nächste Zeit — nicht zu geben vermögt. Es kann sich auch nicht darum handeln, uns von den Weißrussen abzuführen. Sonder wir müssen das eine tun und dürfen das andre nicht lassen.

Ebenso falsch wie der Weg, mit Frankreich beiderseits eine Einigung zu nehmen — das würde nur das Mithrauen Englands wünschen — ebenso falsch, wie eine besondere Annäherung an England — das würde wiederum Frankreich misstraut machen — ebenso falsch wäre es jetzt, unter Politik einzutreten und allein auf Russland einzustellen. Wir sollen und müssen allein die Möglichkeiten nachsuchen! Dazu gehört aber, daß wir uns die Türe nach Russland nicht selbst verschließen. Wir müssen uns Sünden nicht immer nur nach Deinen ausstreuen, sondern müssen versuchen, sie auch dem

## Das Verfahren gegen die Kriegsbeschuldigten

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 18. Februar. Wie verlautet, beschäftigt die Reichsregierung, auf die Note der Entente eine Gegennote zu erläutern, in der sie darauf hinweist, daß das Anklagematerial gegen die von der Entente beschuldigten Personen präziser gehalten und ergänzt werden müsse, damit es der deutschen Regierung ermöglicht werde, gegen die angeklagten Personen auf gerichtlichen Wege vorzugehen. Durchführung des Gerichtsverfahrens unter dem Reichsgericht in Leipzig ist auf Grund der deutschen Rechtsordnung erfolgen, das heißt, die Angeklagten werden eine schriftliche Vorladung zum Erwideren an Gerichtsstelle erhalten. Falls die diesbezügliche Anforderung nicht nachkommen soll, die Verhaftung der Angeklagten und ihre zwangsweise Durchführung erfolgen.

Berlin, 19. Februar. Die bisherigen Erkenntnisse des Reichsgerichts lassen erwarten, daß die letzte Note der Alliierten nicht in allen ihren Ausführungen angenommen werden. Die deutsche Regierung will sich selbst die Freiheit des Handelns und der Entscheidungen in allen Fällen vorbehalten, wo ein kriegerisches Eingreifen gegen die in der Auslieferungsliste Beschuldigten vorzunehmen ist.

## Kommunistenverhaftungen in Hannover

(Eigener Drahtbericht)

Münster, 19. Februar. Unter die in Hannover vorgenommene Verhaftung von 68 Kommunisten und den Angehörigen der russischen Sowjet Republik, Sturm, und an militärischen Stellen Meldepunkten eingelaufen, daß es sich um eine Reichskonferenz der Kommunistischen und Syndikalistischen Arbeiterunion handelt, die auf Befehl des dortigen Militärschefsobmannes General von Hülsen, aufgestellt worden ist. Versammlungen dieser Art sind auf Grund des Ausnahmegesetzes des verboten. Sturm gegen den ein Hostes besteht vorliegt, befindet sich in Untersuchungshaft.

## Amnestie in Frankreich

(Eigene Drahtmeldung)

Paris, 19. Februar. Der Präsident der Republik hat beschlossen, am häufigsten seines Amtsnachfolgers eine große Zahl Begnadigungen sowohl für militärische, als auch für zivile Vergehen zu gewähren.

## Die Türken marschieren auf Bagdad

(Eigene Drahtmeldung)

Hass, 19. Februar. Aus London wird berichtet: Türkische Streitkräfte unter Muhammed Kemal Pascha griffen die Armenier in der Nähe von Beirut an und rückten gegen Bagdad vor. Die Bagdad-Eisenbahn ist bedroht. Unter der Bedrohung herrscht grobe Panik. Bis jetzt gab es 7000 Tote und Vermalede.

## Der Präsidentschaftswechsel

Paris, 19. Februar. Gestern nachmittag fand im Elysee die sogenannte "Transmission des Pouvoirs" (Übergabe der Vollmachten) statt. Präsident Deschanel wurde vom Ministerpräsidenten in das Palais des Kammerpräsidenten abgeholt und nach dem Elysee geleitet, wo er von dem bisherigen Präsidenten Poincaré, jahrlangen Ministern und den Präsidenten der Kammer und des Senats empfangen

wurde. Poincaré begrüßte seinen Nachfolger und erklärte in seiner Rede, der Sturm, der über Frankreich dahingebraucht habe, habe nicht einen augenscheinlichen republikanischen Einfluss in Gefahr gebracht. Sie hätten Frankreich gesetzlich statuet, den Angst in den Herzen. Zwischen der Regierung, den Klämmern und der Armee seien die Beziehungen seit gewesen. Er habe keinen andern Gedanken gehabt, als die notwendige Zusammenarbeit zu begünstigen. Die Aufgabe, die Deschanel heute erwarte, sei vielbedeutend. Sie hätte seinem Völkeren auvertant werden können. Während der Zeit seiner Präsidentschaft mögliche Deschanel ohne Unterlaß die Ausführung eines Friedens, sicherstellen, dessen Verpflichtungen auszuführen und Deutschland schon jetzt nicht sehr geneigt zeige. Es werde auch seine Aufgabe sein, die Kontinuität der französischen Politik sicherzustellen, die Bündnisse aufrecht zu erhalten, den Völkerbund zu besetzen und aus dem Frieden, der heute nur eine Hoffnung und ein Name sei, etwas zu machen. Im Innern des Landes werde Deschanel ohne Verbreitung zu wachen haben über die Wiederanstrengung des Landes, über die Verbesserung seiner Finanzen, über das wirtschaftliche Gediehen und über den Wiederaufbau der unglücklichen Provinzen. Das sei ein ungeheures Unternehmen, für welches der Präsident auf die Mitarbeit aller Franzosen zählen dürfe.

Präsident Deschanel erwiderte kurz, er habe Frankreich mit einem bewundernden Patriotismus während der tragischen Stunden vertreten. Auch er glaube, unterstützt von den getreuen Versammlungen, von ganzem Herzen für die Größe Frankreichs und der Republik arbeiten zu können.

Während dieser Reden wurden 21 Kanonenraketen abgefeuert. Präsident Deschanel begleitet von seinem Vorgänger, begab sich abends nach dem Rathaus, wo er in Anwesenheit der ehemaligen Präsidenten Douhet und Gallières vom Municipalrat feierlich empfangen wurde.

## Dimissionsangebot des Kabinetts Millerand

Millerand hat dem Präsidenten die Dimission des Kabinetts angeboten. Präsident Deschanel hat sie nicht angenommen und das Kabinett gebeten, im Amt zu bleiben. Millerand hat damit nur eine Formalität erfüllt, die zu den üblichen Gebräuchen beim Amtsantritt eines neuen Präsidenten der Republik gehört. Poincaré hat jetzt das Elysée verlassen. Deschanel ist eingezogen, und der Ministerpräsident stellt dem neuen Präsidenten der Republik die Verteilung des Kabinettsmitgliedes zur Verfügung. Deschanel hat von dem Angebot Millerands keinen Gebrauch gemacht, und auch das entwirkt der Tradition. Ob die Stellung Millerands durch die Vorgänge bei der Londoner Konferenz, die für ihn nicht gerade erfolgreich war, parlamentarisch geschwächt ist, und ob die Ausschreibungen dieser Konferenz und der Auslieferungskonferenz sich in der Kammer geltend machen werden, dürfte sich wohl bald zeigen.

## Rücktritt Jannarts

Der Präsident der Wiedergutmachungskommission, Senator Jannart, hat gestern seine Dimission gegeben. Millerand hat nach den Morgenblättern André Lardieu die Nachfolge angeboten, der aber abgelehnt habe. Einige Blätter nennen Dutasta, andre Poincaré als Jannars Nachfolger.

In seinem Dimissionsschreiben als Präsident der Wiedergutmachungskommission erklärt Senator Jannart, es habe sich gezeigt, daß er die ungewohnte Aufgabe, die das von ihm übernommene Amt mit sich bringe, nur unter Aufbringung einer Kermat, die seine Gesundheit ihm nicht gestatte längere Zeit aufzunehmen, erfüllen könne. Unter diesen Umständen sei es seine Pflicht auf das Mandat zu verzichten.

In der Dimission Jannarts wird noch gemeldet, daß Jannart noch zurückgekehrt ist, weil Millerand ihn nicht zu den Londoner Reden gebracht hat. In der Kammer wurde gestern eine Abstimmung gemacht für eine Verzettelung Jannarts auf diesen Posten. Diese Abstimmung wurde Poincaré allerdings ein zustimmendes Schall aus der Kasse des Deutschen Reiches eingebracht. Es ist jedoch möglich, daß auch er diesen Posten ablehnt.

## Der Adriakonflikt

Nach einer Meldung aus Washington erklärte man im Weißen House, daß die Vereinigten Staaten fortfahren würden, die Rechte der Südilawen in der Adriastreite zu unterstützen. Die Union sei in seinem Hause gekommen, in dieser Frage einen Rückzug anzutreten. Es heißt sogar in Amerikanischen Zeitungen, daß Wilson den Verbündeten mit dem Abbruch der Beziehungen gedroht habe, falls sie bei ihrer drohenden Haltung, die sie in der Note vom 26. Januar an die Belgrader Regierung zum Ausdruck brachten, beharren sollten. Dies wird freilich im Washingtoner Weißen House entschieden in Abrede gestellt.

Die Regierungen von Frankreich und England lassen sich jedoch in ihrer Haltung zur Adriastreite durch die Erklärung Wilsons, die sich gegen die Annahme des ausgehandelten Kompromisses wendet, nicht beeinflussen. Die Regierungsschüler von Frankreich und England bestätigen dies in einer öffentlichen Solidaritätsbekundung für Italien, wonach sie zum Ausdruck bringen, daß Italien unter allen Umständen auf unbedingte Unterstützung Englands und Frankreichs hinsichtlich der Ausführung des Londoner Vertrages rechnen könne, wenn die Belgrader Regierung die Kompromisse von London und Paris nicht annehmen sollte.

Amsterdam, 18. Februar. Eine Meldung des Telegraphen folgt sind die amerikanischen Presse innen zur Note Wilsons in der Adriastreite ebenso ungünstig wie die über Russlands Entscheidung. West Point sagt, es mögliche Abfinden mit einer Kompromisslösung. New York Globe fragt, ob die Verbündeten denn die adriatische Küste der Anarchie preisgeben wollen, so lange, bis die Serbe Wilson ihr läufig erachtet, die Anlegenheit periodisch zu behandeln.

Hass, 17. Februar. Wie dem New York Courier aus Washington gemeldet wird, wurde im Weißen House mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten auf eine Teilnahme an jeglichem Polizeidienst in der Konsolidierung am Adriatischen Meer verzichten würden, wenn das Ultimatum zu Serbien aufgefordert wird.